03/2022

urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.

Der urbane Kampf gegen die Hitze

Hitzewellen nehmen zu S 5
Wissenswertes von Lina Mosshammer

Städtische Initiativen setzen S 6
Interview mit Monika Vana

Kommunen als Leistungsbringer S 10
Interview mit Detlef Wimmer

urban forum
Egon Matzner-Institut für Stadtforschung

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Bernhard Müller, BA, MPA
ist Generalsekretär von
Urban Forum

Bereits der Mai und Juni des heurigen Jahres waren außergewöhnlich heiß, noch Wochen bevor der Sommer kalendarisch begonnen hatte. Ein Blick in die nähere Vergangenheit zeigt, dass es bereits im Jahr 2015 über 1.000 Hitzetote in Österreich gegeben hat. Es bleibt zu hoffen, dass diese schreckliche Marke heuer nicht erreicht wird. Vor wenigen Jahrzehnten lag die Anzahl der Tage mit über 30 Grad im einstelligen Bereich, mittlerweile sind 40 solcher Hitzetage pro Jahr keine Seltenheit mehr. Der Meteorologe und ORF Wetter-Chef Marcus Wadsak weist in diesem Zusammenhang auf die besondere Gefahr von Hitzetagen und Tropennächten für Menschen in den Städten hin. Ardalpha.de berichtet aktuell, dass in „rund 730 Städten weltweit [...] in den vergangenen Jahren die Durchschnittstemperatur um 1,5 Grad Celsius auf 23 Grad Celsius gestiegen" ist.

Forscher sind ob dieser Zahlen alarmiert: Zunehmende Hitze verursacht nicht nur gesundheitliche Probleme beim Menschen, sondern es „erhöht sich außerdem das Risiko für die Verbreitung von Krankheitserregern und Pandemien." Effiziente und umfassende Gegenmaßnahmen sind daher dringend notwendig. Die österreichische Bundeshauptstadt hat im Bewusstsein um die dramatischen Folgen des Klimawandels beschlossen, ab dem Budgetvoranschlag 2022 „jährlich ein nochmals erweitertes Klimabudget inklusive Treibhausgas-Budgets, Klimachecks für Projekte und Umsetzungsevaluierung" zu erstellen. Auch Deutschland beschäftigt sich intensiv mit der tödlichen Gefahr von sogenannten Wärmeinseln in Städten, wenn die Temperaturen nahezu 40 Grad erreichen. All dies sollten wir nicht vergessen, auch wenn wir Mitte September bei Nebel, Regen und zwölf Grad Außentemperatur vielleicht bereits wieder ans Heizen denken. Wir haben daher diese Ausgabe der Zeitschrift „Urban Forum" dem Schwerpunkt städtischer Kampf gegen die Hitze gewidmet und zahlreiche Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen eingeladen, ihre Erfahrungen und Expertisen abzugeben.

Evidenzbasierter, entschlossener Kampf gegen den Klimawandel hat oberste Priorität und ist ein Gebot der Stunde!

Impressum: Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung
Chefredaktion: Bernhard Müller, BA, MPA | Tel.: +43/2622 21132 | Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at
Neunkirchner Straße 15/7, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700 | Foto Titelseite: © Adobe Stock

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Zeitschrift auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z. B. BürgerInnen, EinwohnerInnen, WissenschaftlerInnen etc. verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.

Eine unabhängige und kritische Stimme zur österreichischen Außenpolitik

Abo-Bestellungen und kostenlose Probehefte: office@international.or.at, www.international.or.at
Wöchentliche aktuelle Kommentare auf dem International YouTube-Kanal

Klimaschonende Kühlung für coole City – 15 Jahre Fernkälte in Wien

Bereits seit 15 Jahren versorgt Wien Energie die Stadt mit Fernkälte. Mittlerweile sind 180 Gebäude an das Fernkältenetz angeschlossen. Wien Energie investiert bis 2027 90 Millionen Euro in den weiteren Ausbau der klimaschonenden Kühltechnik.

© Wien Energie / Chrisitan Hofer

Wien Energie-Geschäftsführer Michael Strebl mit der Stv. Bezirksvorsteherin des 1. Wiener Gemeindebezirks Lucia Grabetz und Stadtrat Peter Hanke bei der Eröffnung der Fernkältezentrale Stubenring

30 Grad und es wird noch heißer

Insgesamt hat sich die Zahl der Hitzetage in Wien in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Da der Bedarf an Klimatisierung stark zunimmt, baut Wien Energie bereits seit 15 Jahren Fernkälte als effiziente und klimaschonende Alternative aus. Insbesondere in den dichtverbauten Gebieten ist die Fernkälte ein wichtiger Baustein, um die Stadt lebenswert zu halten. Bis 2030 wird eine flächendeckende Versorgungsmöglichkeit der Innenstadt geschaffen.

Der Kreis schließt sich:
Neue Fernkältezentrale am Stubenring

Mit der heurigen Hauptsaison nimmt auch eine neue Fernkältezentrale von Wien Energie ihren Betrieb auf. Seit 2020 wird an der Fernkältezentrale Stubenring in der Alten Post gearbeitet, die nun nach einigen Monaten Probebetrieb mit Hilfe des Donaukanals und Kältemaschinen mit einer Gesamtleistung von 15 Megawatt Gebäude mit einer Fläche von etwa 300.000 Quadratmetern kühlen kann. *„Mit Fernkälte sorgen wir für kühle Köpfe an heißen Tagen! Die Fernkältezentrale Stubenring ist ein wichtiger Meilenstein für den weiteren Ausbau, sie versorgt nicht nur neue Kund*innen in der Umgebung, sondern ermöglicht uns auch den Zusammenschluss unseres Fernkältenetzes in den nächsten Jahren. Bis 2027 investieren wir rund 90 Millionen Euro in die umweltfreundliche Kälteversorgung, um die Stadt für die Wienerinnen und Wiener zukunftsfit zu machen“*, erklärt Michael Strebl, Vorsitzender der Wien Energie-Geschäftsführung.

Die Alte Post mit Büros, Co-Working und Fitness ist der erste Kunde der neuen Zentrale. Aber auch das benachbarte Universitätsarchiv sowie ein Hotel sind schon angeschlossen. Demnächst sollen Museen, Gewerbekomplexe und weitere Hotels in der Umgebung folgen. Der Standort Stubenring ist vor allem strategisch wichtig, damit Wien Energie bis 2025 der „Ringschluss“ der Fernkälte um die Innere Stadt gelingt.

Fernkälte – Was ist das überhaupt?

Fernkälte wird in eigenen Zentralen mit hocheffizienten Kältemaschinen in Form von kaltem Wasser erzeugt. Über ein eigenes Fernkältenetz wird das auf etwa 5-6 Grad Celsius abgekühlte Wasser direkt zu den Abnehmern transportiert und dort über die hauseigenen Kühlsysteme in den Gebäuden verteilt. Das Wasser nimmt anschließend die Wärme aus dem Gebäude auf und transportiert diese ab. Die Rückkühlung erfolgt ebenfalls zentral, etwa über Flusswasser oder das Fernwärmenetz. Das reduziert künstliche Hitzeinseln durch die heiße Abluft von Klein-Anlagen in der Stadt. Zum Betrieb der Kältemaschinen wird neben Strom auch Abwärme eingesetzt.

© Wien Energie

Der urbanen Hitze den Kampf ansagen!

Erste Hitzetage schon im Mai, kaum Niederschlag und Trockenheit: Unsere Sommer werden unangenehm und vor allem Stadtbewohner:innen leiden unter den wochenlangen Hitzewellen. Städte brauchen daher für ihre nachhaltige, klimasensible Entwicklung neue Konzepte. Der Klimawandel und das Mikroklima in den Ballungsräumen stehen in engem Zusammenhang: Städte spüren die Auswirkungen der Klimakrise besonders stark, denn die Hitze ist vor allem in urbanen Gebieten belastend, wo die Temperaturen durch die dichte Bebauung, Versiegelung, das Fehlen von Begrünung und schlecht ausgebaute Frischluftschneisen signifikant höher liegen als im grünen Umland. Wie aber kann der städtischen Überhitzung begegnet werden? Energieintensive und kostspielige Kühlsysteme in Wohnungen und Büros integrieren, mit der warmen Abluft den öffentlichen Raum noch mehr aufheizen und damit den Teufelskreis der städtischen Erhitzung befeuern?

Sicher nicht. Vielmehr braucht es eine durchdachte und klimaverträgliche Gesamtsicht und auch überregionale Strategien zur Anpassung an den Klimawandel, um dem Problem effektiv und auch kostengünstig entgegenwirken zu können. Um einige Beispiele zu nennen: Städte müssen ihre Durchlüftung durch Frischluftschneisen sicherstellen, Wasserflächen auch als Verdunstungsflächen begreifen, bestehende innerstädtische Fließgewässer (wieder) öffnen, generell mehr Grünflächen schaffen und dafür notwendige Innovation in allen Bereichen fördern. Der Klima- und Energiefonds unterstützt im Rahmen der „Mission klimaneutrale Stadt" – gemeinsam mit dem Klimaschutzministerium – Städte und urbane Regionen mit seinen Programmen und Initiativen dabei, sich an die Folgen der Klimakrise anzupassen und so die Lebensqualität in den Städten für seine Bewohner:innen zu erhalten.

Ein wichtiger Fokus liegt dabei auf der Einbindung der Stadtbewohner:innen und der Vernetzung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Für klimafitte Städte, die ihren Bewohner:innen lebenswerten und gesunden Raum bieten!

©Johannes Hloch

DI^in^ Theresia Vogel
Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds

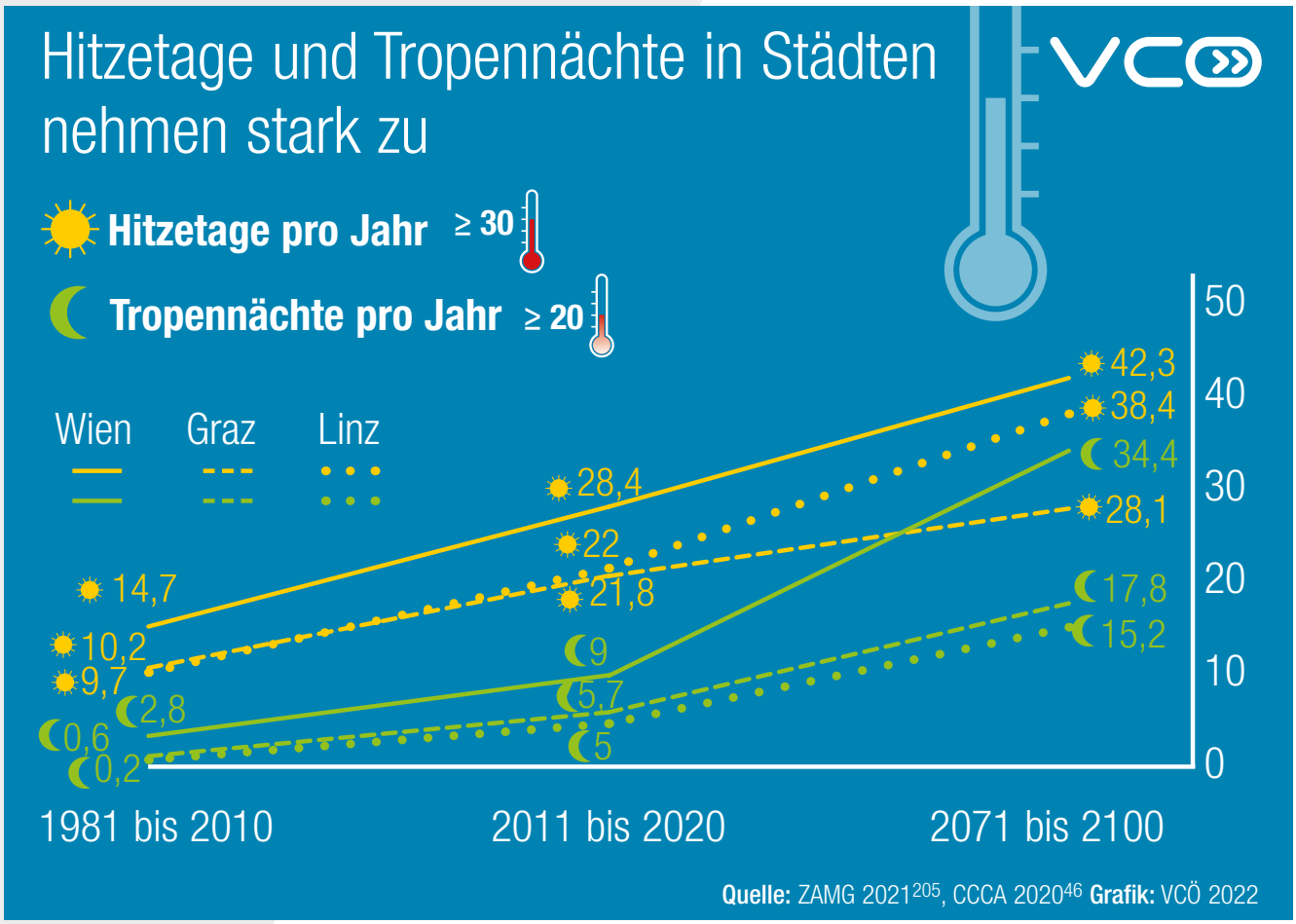
Hitze-Grätzel sozial- und klimagerecht umbauen!

Die steigende Sommerhitze wird in Städten immer schwerer auszuhalten sein. Für viele Menschen bedeutet sie schon jetzt eine enorme gesundheitliche Belastung. Sie trifft vor allem Kinder, Ältere und chronisch Kranke, aber auch jene, die einer körperlichen Arbeit nachgehen. Menschen mit geringem Einkommen sind zusätzlich betroffen. Sie wohnen beengter, haben kein Geld für Klimaanlagen und können der urbanen Hitze schwer ausweichen. Die AK Wien hat sich daher im Rahmen der Studie „Klimagerechtigkeit im öffentlichen Raum – Vision Wiener Klimastraßen" angeschaut, was getan werden muss, um ein gutes Leben für alle in der Stadt in Zeiten des Klimawandels zu sichern. Denn auch in Städten mit sehr hohem Grünanteil wie etwa in Wien gibt es kleinräumig große Unterschiede. Besonders von urbanen Hitzephänomenen betroffen sind dicht bebaute Gebiete mit wenig Frischluftzufuhr, starker Versiegelung, fehlender Begrünung und mangelnden Bäumen. Tagsüber ist es hier mehrere Grade wärmer und die nächtliche Abkühlung geringer als in Gebieten mit viel Grün, da Asphalt, Beton und Gebäude Wärme speichern. Neben Klimaschutzmaßnahmen braucht es zur Sicherstellung künftiger urbaner Lebensqualität einen gezielten klimagerechten Stadtumbau. Durch klimafitte Straßensanierung kann die gefühlte Temperatur in Hitze-Grätzeln um 5-15 Grad gesenkt werden. Das geht mit Straßenbelägen, die die Hitze nicht speichern, mit viel mehr Bäumen, die dicht gepflanzt (8-10 m) für kühlende Blätterdächer sorgen, der Integration von Wasser (bspw. in Form von Sprühnebel) und schattigen Verweilmöglichkeiten. Mit kühlenden Klima-Straßentypologien können urbane Hitzeinseln so systematisch vermieden und gleichzeitig auch im Sommer gut nutzbare wohnungsnahe Freiräume für Menschen in Städten umgesetzt werden. Am besten dort starten, wo Hitze auf geringes Einkommen trifft. Das hilft doppelt!

©Johannes Hloch

DI^in^ Judith Wittrich
Raumplanerin, Mitarbeiterin der Abteilung Kommunalpolitik und Wohnen der AK Wien sowie Mitglied des Wiener Klimarats (Sounding Board Gesellschaft)

Hitzewellen nehmen zu – grüne Infrastruktur entlastet



„Um urbane Hitze abzumildern, muss der Straßenraum fairer zwischen Menschen, Bäumen und Autos aufgeteilt werden."

Zunehmende Erderhitzung aufgrund der Klimakrise ist ein globales Phänomen. Die Auswirkungen sind regional sehr unterschiedlich, besonders betroffen von lokaler Hitze sind Städte. Eine Studie der ETH Zürich rechnet in Wien im Jahr 2050 mit Temperaturen wie heute im nordmazedonischen Skopje.[1] Für Kärnten wird bis zum Jahr 2100 mit einem Anstieg von bis zu 4,2 Grad Celsius im Jahresmittel gerechnet. Das hat gravierende Folgen. Mit der Zunahme von Hitzetagen mit über 30 Grad treten etwa vermehrt gesundheitliche Risiken auf. Im besonders heißen Sommer im Jahr 2018 gab es laut AGES 550 vorzeitige Todesfälle durch Hitze in Österreich, und damit mehr als es Verkehrstote (409) in diesem Jahr gab. [2]

Um die Lebensqualität der Bevölkerung auch in der Klimakrise zu erhalten, sind viele Maßnahmen gefragt: Kaltluftschneisen von Bebauung freihalten, weniger versiegeln, aktiv entsiegeln, ein sorgsamer Umgang mit Regenwasser, mehr Schatten und mehr Grün. Eine besonders wirksame Maßnahme ist das Pflanzen von Straßenbäumen. Durch den natürlichen klimatischen Effekt wird die gefühlte Temperatur direkt unter einem ausgewachsenen Baum um etwa 15 Grad Celsius niedriger als in anderem Schatten, in der Umgebung eines Baums um bis zu 13 Grad niedriger wahrgenommen.[3]

Weitere Flächenentsiegelung schafft Platz für grüne und blaue Infrastruktur und hat positiven Einfluss auf das lokale Klima. Während bei asphaltierten Parkplätzen kein Wasser versickern kann, können bei festem Kiesbelag immerhin 40 % des Wassers versickern und bei Rasengittersteinen sogar 85 %.[4] Dieses Wasser verdunstet an heißen Tagen und kühlt dadurch die Umgebung ab.

© zVg

DIin Lina Mosshammer, BSC
Verkehrsexpertin bei VCÖ – Mobilität mit Zukunft

1 https://orf.at/stories/3129860/- Stand 21.07.2022
2 Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Wegener Center für Klima und globalen Wandel, Interfakultärer Fachbereich Geoinformatik der Universität Salzburg: ÖKS15 Factsheets: Klimaszenarien für das Bundesland Kärnten.
3 https://www.watson.ch/schweiz/klima/563342704-klimawandel-wie-baeume-an-hitzetagen-die-staedte-kuehlen-sollen – Stand 19.10.2021
4 Vgl. VCÖ-Publikation „Infrastrukturen für die Verkehrswende" 2022, Grafik Seite 32

INTERVIEW

„Die meisten Aktivitäten gegen Hitze können Städte auf eigene Initiative setzen.“

© Bigstock

Auf der Homepage der Europäischen Kommission heißt es wie folgt: „Auf lokaler, regionaler, nationaler, EU- und internationaler Ebene sind Anpassungsstrategien erforderlich, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels vorherzusehen und Schäden zu minimieren oder sogar zu verhindern. Solche Strategien haben oft eine städtische Dimension und Städte spielen eine wichtige Rolle bei ihrer Umsetzung. EU-Unterstützung für Städte zur Anpassung an den Klimawandel wird in erster Linie über den Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie bereitgestellt.“ Dieser Konvent ist in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Könnten Sie uns diesen erörtern?

Der Konvent der Bürgermeister ist ein sehr wichtiges Organ, das seit seiner Gründung im Jahr 2008 stark gewachsen und mittlerweile auch außerhalb der Europäischen Union vertreten ist. Ursprünglich wurde der Konvent von der Europäischen Kommission mit dem Ziel gegründet, Bürgermeister:innen und lokale Gebietskörperschaften bei der Umsetzung und Erreichung der Klima- und Energieziele der Europäischen Union zu unterstützen und zusammenzubringen. Es war die erste Initiative, die sich nach dem Bottom-up-Prinzip mit Energie und Klima beschäftigte. Der Erfolg der Initiative übertraf schon bald alle Erwartungen und motivierte immer mehr neue Kommunal- und Regionalverwaltungen in Europa und außerhalb, dem Konvent beizutreten: Weltweit gehören mehr als 7.000 Kommunal- und Regionalverwaltungen in 57 Ländern der Initiative an. Seit 2016 arbeitet der Konvent der Bürgermeister mit der UN-weiten Initiative „Compact of Mayors“ zusammen und der daraus entstandene „Globale Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie“ ist die größte Bewegung lokaler Gebietskörperschaften, die sich für Klimaschutz, Anpassung an die nachteiligen Folgen des Klimawandels und für den freien Zugang zu einer sicheren, sauberen und erschwinglichen Energieversorgung einsetzt. Ein wichtiger Schritt für Städte war auch die „Neue Leipzig Charta“ zur Stärkung von EU-Stadtpolitik. Sie verschreibt sich stärkeren Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, einem solidarischen Wandel hin zu fairer Verteilung und niederschwelligen Möglichkeiten für Bürger:innenbeteiligung und betont die Rolle der Städte als essenzielle Partnerinnen im Kampf gegen die Klimakrise.

Europa erlebt eine noch nie dagewesene Hitzewelle. In Großbritannien (!) wurden heuer 40,2 Grad Celsius gemessen. „Der aktuelle Trend wird noch bis mindestens 2060 anhalten, und zwar unabhängig vom Erfolg unserer Klimaschutzbemühungen. Wir werden uns an diese Art von Wetter gewöhnen müssen. Und die aktuellen Temperaturen werden uns in den kommenden Jahrzehnten mild erscheinen“, sagt der Meteorologe Petteri Taalas, Generalsekretär der Weltwetterorganisation (WMO). Wie erleben Sie diese Debatte im Europäischen Parlament und was sind dessen Forderungen sowie Vorschläge?

Es ist ganz wichtig zu unterstreichen, dass die Bekämpfung des Klimawandels im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu einem ausdrücklichen Ziel der Umweltpolitik der EU erklärt wurde. Bei den interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Europäischen Rat vertritt das Europaparlament mit Blick auf den Klimawandel in der Regel einen Standpunkt, der auf ambitionierte Maßnahmen der Union ausgerichtet ist. 2019 haben wir beispielsweise als Europaparlament den Klimanotstand in Europa ausgerufen und alle Mitgliedstaaten der EU nachdrücklich dazu aufgefordert, sich zu Treibhausgasneutralität bis 2050 zu verpflichten. Darüber hinaus pochen wir darauf, dass die Kommission alle Gesetzgebungs- und Haushaltsvorschläge auf das Ziel abstimmt, die globale Erwärmung auf unter 1,5° C zu begrenzen. Im Jahr 2021 hat die EU die Klimaneutralität, das heißt das Ziel, bis 2050 keine Nettoemissionen mehr zu verursachen, rechtsverbindlich gemacht. Als Zwischenziel wurde eine Emissionsminderung von 55 % bis 2030 festgelegt. Das war zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, zur Erreichung der Pariser Klimaziele braucht es aber noch mehr. Wir Grüne hatten eine Senkung von 65 % weniger Treibhausgase bis 2030 gefordert. Die Messlatte europäischer Klimapolitik muss das Pariser Klimaabkommen sein, das Europäische Klimagesetz erfüllt die Pariser Klimaziele nicht. Wenn wir nicht größer denken und radikalere Kürzungen umsetzen, um der Erwärmung gegenzusteuern, riskieren wir eine globale Erderwärmung zwischen zwei und drei Grad. Das jetzige Gesetz hört nicht auf die Stimmen der Wissenschaftler:innen, die Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen, Waldbrände, Wasserknappheit und den Verlust der Arten ankündigen. Als Europaparlament arbeiten wir an gemeinsamen Antworten für die Europäische Union, da sich der Klimawandel in Europa je nach Region bereits in unterschiedlicher Form auswirkt und die Mitgliedstaaten einander beispielsweise bei der Löschung von Waldbränden unterstützen. Neben ambitioniertem Klimaschutz brauchen wir auch schnelle und wirksame Anpassungsmaßnahmen. Wir müssen beim Klimaschutz auf allen Ebenen auf das Tempo drücken: EU, national und lokal!

Im Herbst 2019 haben Sie gesagt, dass „es höchste Zeit ist, dass der Klimaschutz auch im EU-Budget das Gewicht bekommt, das benötigt wird." Es würden 3,5 Mrd. Euro im EU-Budget für einen relevanten Kampf gegen den Klimawandel fehlen. Wie sieht es knapp drei Jahre später aus?

Der Kampf für ein klimaneutrales Europa ist nach wie vor schwierig und wir Grüne setzen uns durchgehend dafür ein, dass die Europäische Union nicht nur klimaneutral, sondern auch sozial gerecht wird. Eine der größten Herausforderung ist hierbei, die Europäische Kommission davon zu überzeugen, Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Klimapolitik endlich zusammenzudenken und inklusive Politiken vorzuschlagen, anstatt beispielsweise Sozialpolitiken auf Kosten von Klimapolitik einzuschränken. Allerdings muss auch gesagt werden, dass wir uns die Situation und Herausforderungen denen die Europäische Union heute – im Jahr 2022 – gegenübersteht, vor drei Jahren nicht vorstellen hätten können: Pandemie, Putin's Aggressionskrieg gegen die Ukraine, Flucht von Millionen von Menschen. Im Moment bereiten sich die EU-Mitgliedstaaten darauf vor, den Winter ohne Gas aus Russland zu überstehen. Diese Krisen haben die EU und die Mitgliedstaaten auch budgetär vor noch nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Im mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFF) für die Jahre 2021 bis 2027 ist es dem Europaparlament gelungen, klimatechnisch einige Verbesserungen durchzusetzen. Die Forderungen des Europaparlaments in puncto Zukunftsinvestitionen wären zwar noch deutlich weiter gegangen, wurden aber leider von den Kürzungswünschen der Mitgliedstaaten gebremst. Gemessen am vorigen MFF wurden jedoch einige wichtige budgetäre Weichenstellungen durchgesetzt. So konnten wir Grüne Vergabekriterien zu Klimaschutz und Biodiversität in den mehrjährigen Finanzrahmen hineinverhandeln. Erstmalig sind im MFF auch Finanzmittel vorgesehen, um aktiv gegen das Artensterben vorzugehen. Ein weiterer Meilenstein wurde sicher mit der Etablierung einer rechtlich verbindlichen Roadmap zum Auf- und Ausbau des EU-Eigenmittelsystems gesetzt. Mit einer Plastiksteuer im nächsten Jahr, Digitalsteuer und CO2-Steuermechanismen 2023 sowie Finanztransaktionssteuer und gemeinsamen Körperschaftssteuern 2026 ist der Fahrplan zwar weniger ambitioniert als von uns Grünen gefordert, dennoch wird damit endlich eine langjährige Grüne Forderung auf Schiene gestellt. Es liegt auf der Hand: Investitionen in Umwelt und Klimaschutz schaffen Arbeitsplätze, bringen Wohlstand und zeigen einen Weg aus der Krise. Das macht den Green Deal aus. Die ökologische Transformation der Wirtschaft muss Hand in Hand gehen mit neuen Chancen für Arbeitnehmer:innen und durch aktive Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik unterstützt werden. Niemand darf zurückgelassen werden. Klimaschutz und gute Arbeitsplätze sind zusammenzudenken.

Was müssen Ihrer Meinung nach die Städte im Kampf gegen die Überhitzung selbst unternehmen, ohne auf andere zu warten?

Die meisten Aktivitäten gegen Hitze können Städte auf eigene Initiative setzen. Ich war selbst Gemeinderätin in Wien, als Wien 2012, zur Zeit der rot-grünen Stadtregierung, dem Konvent der Bürgermeister beigetreten ist. Mit dem Beitritt verpflichtet sich eine Stadt beispielsweise, Aktionspläne für nachhaltige Energie und Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln und lokale Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen. Aber bei der Erreichung von Zielen noch ambitionierter zu sein, ist aus meiner Sicht sogar erwünscht. Das wirkliche Problem ist aber das Gegenteil, dass nämlich selbst die auf dem Papier beschlossenen bzw. vereinbarten Maßnahmen oft nicht ernst genommen und aktiv angestrebt werden. Ich erwähne hier nur die Forderung, durch massiven Ausbau der erneuerbaren Energien unabhängiger von Öl und Gas zu werden, die wir Grüne bereits vor 15 bis 20 Jahren erhoben haben, als Putin noch von Vertreter:innen anderer Parteien hofiert wurde. Viele Städte haben den Vorteil, dass sie ihre Einrichtungen zur Daseinsvorsorge nicht privatisiert und dadurch nun, in der Krise, etwas mehr Spielraum haben. Es war also vorausschauend und zukunftsorientiert, wenn seinerzeit dem neoliberalen „Zeitgeist" nicht nachgegeben wurde. Es sind übrigens vor allem Niedrigeinkommensbezieher:innen, die am stärksten unter den Hitzewellen leiden. Hier können z. B. Trinkbrunnen, Pergolen zur Beschattung und öffentliche Gebäude, die im Sommer für Abkühlungszwecke zugänglich gemacht werden, als Ausgleich zur Verfügung stehen.

Was erachten Sie als das dringendste Ziel im urbanen Kampf gegen die Hitze?

In den Städten sehe ich da vor allem zwei große Ziele: Die Pflanzung von Bäumen und den Stopp von Versiegelungen. Bäume sind wirkungsvoller als viele technische Maßnahmen. In Wien sind z. B. Gebiete mit Bäumen im Sommer im Durchschnitt um 11 Grad kühler als bebaute Flächen. Die Anwendung des sogenannten „Schwammstadt-Prinzips" gibt den Wurzeln von Stadtbäumen auch unter Straßen, Parkplätzen und Gehwegen mehr Raum. Ein Beispiel in Wien, das ich sehr schätze, ist die Zollergasse im 7. Bezirk, Neubau, die 2021 umgestaltet wurde. Dort gibt es neben den Schanigärten nicht nur konsumfreie Aufenthaltsbereiche (Stühle, Schaukeln) und einen von Wasserdüsen gespeisten kleinen „Bach", sondern es wurden sogenannte „XL-Bäume" gepflanzt, die beim Einsetzen bereits rund 10 Meter hoch waren und Schatten spendeten. Am wirkungsvollsten sind Baumpflanzungen aber dort, wo sie auch zur Ent-Siegelung beitragen, also im Straßenraum. Dies ist ein Anliegen, für das wir Grüne in Wien seit Jahren kämpfen. Die heuer auch in den großen Außenbezirken eingeführte Parkraumbewirtschaftung würde es ermöglichen, tausende Bäume dort zu pflanzen, wo bisher Blech geparkt wurde. Aber der Mut, dies auch dann umzusetzen, wenn es politischen Widerstand gibt, ist auf Bezirks- und Stadtebene oft nicht gegeben – vor allem, wenn dadurch der Platz für Autos abnimmt. Eine löbliche Ausnahme ist der 18. Bezirk, Währing – dort zeigt sich auch, dass die lebenswerter gestalteten Grätzln (wie der Johann Nepomuk Vogl-Platz im Kreuzgassen-Viertel, dessen Umbau auch mit EU-Mitteln gefördert wurde) spätestens dann, wenn sie benutzbar sind, von der Bevölkerung begeistert angenommen werden.

© gvg

Dr.in Monika Vana
Mitglied des Europäischen Parlaments

PRESSESPLITTER

SCHWEISSTREIBEND

Wie die erdrückende Hitze in Städten bekämpft werden kann

Hitzewellen nehmen durch den Klimawandel zu, die städtische Architektur verstärkt hohe Temperaturen. Mit baulichen Maßnahmen können sich Städte für heiße Sommer rüsten.

Das Leben in Großstädten bringt für gewöhnlich einige Vorteile mit sich. Menschen schätzen das reiche Kulturangebot ebenso wie die beispielsweise in Wien hervorragende Struktur öffentlicher Verkehrsmittel.

Dass das Stadtleben auch zur Herausforderung werden kann, zeigt sich insbesondere während sommerlicher Hitzewellen. Denn dann entstehen in dicht verbauten Gebieten städtische Wärmeinseln, die Temperaturen von Luft und Boden klettern deutlich höher als im Umland.

Beton, Asphalt und Wärmeinseln

Bei der Entstehung von Wärme- beziehungsweise Hitzeinseln spielen mehrere Faktoren eine Rolle, allen voran die baulichen Gegebenheiten. Denn mit Beton und Asphalt versiegelte Böden absorbieren Sonneneinstrahlung und leiten die Wärme auch in tiefere Schichten weiter, wo sie länger gespeichert bleibt.

Darüber hinaus können auch Wohnbauten und andere Gebäude die Entstehung extremer Temperaturen in Städten begünstigen, da sie jene Oberflächen vergrößern, in denen Wärme gespeichert wird.

Abgase verstärken Hitze

Dicht verbaute Stadtteile schränken darüber hinaus die großflächige Luftzirkulation und den Luftaustausch ein. Bemerkbar machen sich die Folgen insbesondere auch nachts, wenn die Hitze in den Straßenschluchten zu stehen scheint.

Erschwerend kommen Abgase aus dem Verkehr, der Industrie sowie vom Heizen, aber auch Kühlen von Gebäuden hinzu, die die städtische Hitze noch weiter verstärken. Durch die häufig spärliche Vegetation in manchen Stadtteilen verdunstet weniger Wasser. In puncto Stadtbegrünung gibt es allerdings auch gute Nachrichten, denn schon ein einzelner Baum kann für hitzegeplagte Städterinnen und Städter einen gewaltigen Unterschied machen.

Bäume kühlen natürlich

Ein großer Baum verdunstet im Sommer bis zu tausend Liter Wasser pro Tag und kann den Asphalt unter seiner Krone um bis zu 20 Grad abkühlen. Als angenehmen Nebeneffekt verbessern Bäume außerdem die Luftqualität und können Schadstoffe wie das gesundheitsschädliche Ozon relativ rasch neutralisieren. Bis zum Jahr 2025 sollen in Wien 400.000 Quadratmeter neue Parkflächen entstehen, zusätzlich sollen 25.000 neue Stadtbäume angepflanzt werden.

...(Marlene Erhart, 19.7.2022)

16. September 2022, www.derstandard.de/story/2000137553782/wie-die-erdrueckende-hitze-in-staedten-bekaempft-werden-kann

GUTE NACHRICHT

Hitze in der Stadt: "Heat Officers" sollen Bewohnern helfen

Im Zuge der Klimakrise steigen die Temperaturen, was sich gerade in dicht bebauten Städten bemerkbar macht. **Um großer Hitze zu begegnen und Mensch und Tier zu schützen, werden in fünf Städten jetzt sogenannte "Heat Officers" in den Dienst berufen.**

Diese sollen akute und langfristige Lösungen für die Bewohner von Städten finden und umsetzen, die deutlich unter den Auswirkungen der Klimaerwärmung leiden.

Auch in Deutschland sterben Menschen aufgrund der Hitze

In Athen, Santiago de Chile, Miami, Phoenix und Freetown, die immer häufiger von Hitzewellen betroffen sind, wurde deshalb der Beruf des "Heat Officers" ins Leben gerufen. Diese sollen den Menschen bei Hitzewellen jemanden zur Seite stellen. **Zudem sollen sie beispielsweise kühle Räume schaffen, um besonders alten und schwachen Bewohnern die Hitze zu erleichtern.**

In Ländern wie Indien, Australien sowie in einigen Regionen der Sahara gibt es schon heute Hitzeperioden mit Temperaturen bis zu 50 Grad. Das führt immer wieder zu Bränden, Ernteausfällen und Hitzetoden bei Menschen und Tieren. **2018 sind so auch in Deutschland über 20.000 Menschen aufgrund ungewöhnlich hoher Temperaturen gestorben.** Besonders in Großstädten im globalen Süden werden die Menschen zukünftig noch mehr unter Hitzewellen leiden und das, selbst wenn es den Staaten gelingt, die Erderwärmung auf 1,5 bis zwei Grad Celsius zu beschränken.

"Heat Officers" haben diverse Aufgaben

Die "Heat Officer" sollen sich auch darum kümmern, Städte umzugestalten. **Zum Beispiel sollen dunkle Flächen, die Wärme speichern und die Städte zusätzlich aufheizen, durch Grünflächen ersetzt werden, die Kühlung verschaffen.** Außerdem sollen sie dafür sorgen, dass der Verkehr reduziert wird und dabei helfen, dass auch arme Menschen sich den neuen Gegebenheiten durch die Klimakrise anpassen können. **Die "Heat Officers" sollen Daten zur Temperaturentwicklung in Hotspots sammeln und zusätzlich kontrollieren, dass sich in der Hitze keine Tropenkrankheiten ausbreiten.**

16.September 2022, www.watson.de/nachhaltigkeit/gute%20nachricht/507798820-hitze-trifft-staedte-am-meisten-was-dagegen-hilft

Smart Cities – Städte der Zukunft

Klimawandel findet Stadt

Städte und Stadtregionen sind von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen und gleichzeitig wesentliche Verursacher des Klimawandels. Sie tragen einerseits durch die Produktion von Treibhausgasen aus Verkehr, Energie- und Wärmeproduktion und der Industrie wesentlich zum Klimawandel bei. Andererseits gelten Städte und urbane Räume durch die hohe Dichte in der Besiedlung, die Konzentration an Vermögenswerten und kritischer Infrastruktur als besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels.

Der Klimawandel wirkt sich schon heute auf die Städte aus, und die Auswirkungen werden stärker. Zu den wichtigsten Aspekten gehören steigende Temperaturen und Hitzestress, Extremwetterereignisse, wie z. B. Starkregen, Stürme oder Überschwemmungen an Flüssen, und die Versorgungssicherheit und Qualität von Wasser und Lebensmitteln.

14. September 2022, www.klimawandelanpassung.at/newsletter/nl24/kwa-smartcities

„Städte sind nicht das Problem, sondern die Lösung!“

Urban Innovation Vienna (UIV) ist seit kurzem die Klima- und Innovationsagentur der Stadt Wien. Was sind aus Ihrer Sicht die drängendsten urbanen Zukunftsfragen am Weg zu einer klimagerechten Stadt?

Die Herausforderungen aber auch die Lösungen werden bereits in der Smart Klima City Strategie der Stadt Wien benannt. Im Kern geht es um eine Transformation der Stadt in Richtung Klimaneutralität bis 2040 unter Beibehaltung und Ausbau der hohen Lebensqualität und der sozialen Inklusion der Stadt – quasi die DNA Wiens. Dazu sind Innovationen nötig, technischer, organisatorischer und sozialer Natur, die unter Einbeziehung von Bürger*innen, Stadtverwaltung, städtischer Betriebe und privaten Unternehmen konzipiert, pilotiert und ausgerollt werden.

Auf der Homepage von UIV kann man Folgendes lesen: „Städte sind komplexe Ökosysteme und verlangen nach sorgfältiger Analyse“. Wie sieht diese bezüglich des Themenkomplexes Klimawandel/Urbane Räume aus?

Kurz zusammengefasst: Städte sind nicht das Problem, sondern die Lösung! Aus mehreren Gründen: Eine kompakte, effiziente, sprich urbane Bauweise ist die beste Basis für Bodenschutz bzw. eine effiziente Bodennutzung. Wien hat den niedrigsten Bodenverbrauch pro Kopf. 2019 verbrauchte jede/r Wiener*in rund 100 m^2 Boden. Im Vergleich zu 2005 ging der Bodenverbrauch pro Kopf sogar um 18 % zurück. Das „zweitsparsamste“ Bundesland im Hinblick auf den Bodenverbrauch war 2019 Vorarlberg mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von rund 400 m^2! Weiters trägt eine verdichtete Bauweise maßgeblich zu einem geringeren Energieverbrauch bei. Städte sind auch jene Orte, wo die Ideen für maßgebliche Innovationen entstehen, die die Gesellschaft in die Lage bringen, die Transformationen zu einem postfossilen Zeitalter zu ermöglichen. Die Rolle von Städten als Innovatorinnen ist so alt wie Städte selbst – durch ihre Vielfalt, durch ihre Netzwerke, durch ihre kreativen Milieus sind sie ein Hotbed für Innovation und für Fortschritt.

Was umfasst der Hitzeaktionsplan der Stadt Wien, der im Juni des Jahres vorgestellt wurde? Bitte erläutern Sie das unseren Leserinnen und Lesern.

Der Hitzeaktionsplan ist eine wesentliche Säule zur Anpassung an den Klimawandel. Wir wissen, dass dieser bereits voll im Gange ist und die Auswirkungen in Wien zunehmend spürbar sind. Selbst wenn es gelingt, den weltweiten Temperaturanstieg in einem erträglichen Maß zu halten, wird es in Wien in den kommenden Jahren und Jahrzehnten unweigerlich heißer werden. Hitze betrifft die ganze Stadt und damit alle Wiener*innen. Der Wiener Hitzeaktionsplan legt vorausschauend Maßnahmen zur Vorbeugung gegen die Überhitzung der Stadt und zur Bewältigung der Hitze im Akutfall fest. Gesundheits-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen werden auf „den Ernstfall“ vorbereitet. Der Schwerpunkt des Hitzeaktionsplans liegt auf Akutmaßnahmen und Maßnahmen, die relativ kurzfristig zu setzen sind, um sich gegen Hitzeperioden im Sommer gut zu wappnen und die Bevölkerung vor den negativen gesundheitlichen Auswirkungen der Hitze zu schützen. Die Maßnahmen reichen von städtischen Cool Spots bis zur Etablierung von Hitzestandards für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Der Wiener Hitzeaktionsplan ist ein Rundum-Paket gegen die Hitze. Mit sozialen und gut überlegten Maßnahmen gegen die Hitze bleibt Wien ein Ort, an dem man trotz weltweit steigender Temperaturen gut und gerne lebt. Entscheidend ist, dass der Hitzeaktionsplan für jede Maßnahme die verantwortliche Stelle und alle Einrichtungen festlegt, die für eine erfolgreiche Umsetzung mitwirken müssen. Er schafft dadurch die Grundlagen für eine funktionierende Zusammenarbeit im Akutfall wie auch in der Vorbereitung darauf und sichert die Handlungsfähigkeit aller relevanten Organisationen, Behörden und Institutionen. Der Wiener Hitzeaktionsplan ist kein statisches Dokument: Periodische Monitoring- und Evaluationsprozesse und eine klar definierte Kommunikations- und Steuerungsstruktur, in die alle maßgeblichen Akteur*innen eingebunden sind, sorgen für Flexibilität.

Was fehlt Ihrer Meinung nach noch, damit die Metropole Wien eine Klimamusterstadt wird?

Wien ist auf einem guten Weg, auch im internationalen Vergleich. Mit der Smart Klima City Strategie und dem Klimafahrplan ist nicht nur der strategische Rahmen gesetzt, sondern sind auch Umsetzungsschritte für die nächsten Jahre vorgezeichnet. Gleichzeitig hat Wien auch auf organisatorischer Ebene „nachgerüstet“. Mit der Bereichsleitung für Klimaangelegenheiten und der Leitung von Forstdirektor Andreas Januskovecz wurde eine Einrichtung geschaffen, die dafür Sorge tragen wird, dass die Maßnahmen der Stadt in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung noch zielgerichteter und effektiver ausfallen. Wien hat auch die Chance in Sachen Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft zu einem internationalen Vorreiter zu werden.

Sie sind Fachmann für Immobilienentwicklung in urbanen Räumen. Ganz offen gefragt: Wird in Millionenstädten wie Wien immer noch zu viel versiegelt und zu wenig begrünt?

Klare Antwort: Nein. Wien bekennt sich nicht nur zur Sicherung von Grün- und Erholungsräumen – die Smart Klima City Strategie legt neuerlich fest, dass der Grünraumanteil in Wien von mehr als 50 % langfristig gesichert wird. Laufend werden neue Grün- und Erholungsflächen geschaffen. Man denke nur an den Helmut-Zilk-Park, den Seepark in der Seestadt Aspern, die Freie Mitte am Nordbahnhof und viele mehr. Mit dem Leitbild Grünräume sind die Grün- und Erholungsflächen langfristig geschützt. Zusätzlich bekennt sich Wien zur Schaffung weiterer zusätzlicher Waldflächen und Grünräume zur Erholung für die wachsende Bevölkerung und zur Verbesserung des Stadtklimas.

© zVg

Mag. Herbert Bartik
Abteilungsleiter Quartiere & Immobilien
Urban Innovation Vienna – Klima- & Innovationsagentur Wien

„Kommunen sind umfassende Leistungserbringer vor Ort.“

Herr Institutsleiter, gestatten Sie, dass ich mit einer persönlichen Frage beginne. Sie waren ein Weggefährte von Fritz Klug – über Jahrzehnte hinweg eine prägende Persönlichkeit und Leitfigur der Kommunalwissenschaften in Österreich –, wie fühlt es sich an, in so große Fußstapfen zu treten und wie kann man versuchen, sein Lebenswerk fortzuführen?

Ein wichtiger Grundsatz der Arbeit von Fritz Klug persönlich und auch unseres Instituts insgesamt ist es, unseren Ansprüchen möglichst auch gerecht zu werden und keine leeren Stehsätze zu erheben. In dieser Tradition betone ich gern: Man kann nicht einfach so in Fußstapfen treten und soll auch keine fremden Schuhe anziehen. Es wäre falsch, zu behaupten, man könne einfach so – quasi als Kopie – unverändert weiter wirken, als wäre nichts geschehen. Verfolgen können und sollen wir aber die bestehenden Spuren. Gerade das Thema „Kommunalwissenschaften“ ist heute stärkeren Spannungen unterworfen. Noch vor wenigen Jahren mag die „kleinste“ Ebene des Staats, die zugleich die größte und breiteste ist, wenig aufgefallen sein – solange alles „funktioniert“. Um nur zwei Beispiele für den Wandel zu nennen: Während des Höhepunkts der COVID-Maßnahmen zeigte sich, dass die zuverlässige Erbringung kommunaler und sozialer Dienstleistungen – vom Kindergarten über öffentlichen Verkehr bis zum Seniorenheim – gar keine Selbstverständlichkeit ist. Nun führen steigende Energiepreise und Lebenskosten zu einem neuen Stellenwert für kommunale Versorger wie Stadtbetriebe. In Zeiten der Liberalisierung als viel zu teuer gescholten, zeigt sich nun, dass der vermeintlich höhere Preis in vielen Fällen eine Investition in die Zukunft war: Mancher private Billigstanbieter ist in der Hitze der Preisexplosion sofort verglüht. Oft sind es aber Dienstleister der Kommunen, die derzeit die besten und verlässlichsten Konditionen gewähren. Warum das so sein kann und was wir daraus lernen können, stellt ein in dieser Form neues, aber spannendes Untersuchungsfeld dar. Offensichtlich gibt es viel zu tun. Unter diesen Rahmenbedingungen wollen wir eine Synthese aus Errungenschaften und Neuem erreichen – mit Stabilität und Erfahrung, aber auch neuen Methoden und Ansätzen. Zurück zu den Fußstapfen werden wir diese speichern, digitalisieren und auch neue Wege beschreiten.

Wieviel Wandel und Notwendigkeit zur Modernisierung sehen Sie beim Institut, und was möchten Sie auf jeden Fall bewahren bzw. fortführen?

Zeitlos ist der Kern, das inhaltliche Fundament des Instituts: Daran gibt es für mich nichts zu rütteln. Beispiele, warum Kommunen gerade jetzt stärker in den Fokus rücken, habe ich schon genannt. Aktuell zeigt sich der Wandel auch in vielen anderen Bereichen. So werden (nominell) höhere Steuereinnahmen zeitversetzt auch zu höheren Ertragsanteilen der Kommunen führen. Die Steigerung von Preisen wirkt sich jedoch unmittelbar aus, wenn es zum Beispiel um die Schaffung und den Erhalt von Infrastruktur geht. Im Gegensatz dazu wird ein erheblicher Teil der Bevölkerung unter wirtschaftlichen Einbußen leiden und diverse Gebühren schwieriger begleichen können. Allein hier zeigt sich, dass auch wir unsere Sichtweise im Kern bestätigt sehen, aber unseren Horizont noch weiter ausdehnen sollten. Heute steht vieles im Fokus, was früher nur wenige für interessant gehalten hätten. Die „kommunale Daseinsvorsorge“ wird vom nebensächlichen „business as usual“ noch stärker in den Mittelpunkt rücken. Modernisieren werden wir die Methodik. Natürlich müssen wir auch mit der Zeit gehen und die Art und Weise der Vermittlung nach außen laufend anpassen. Das hatte auch schon Fritz Klug im Blick – er war damals ein Vorreiter bei der Erstellung der ersten digitalen IKW-Angebote (Internetseite, Bücherkatalog) und hat bis kurz vor seinem Tod digital vom Krankenbett aus kommuniziert. Darauf wollen wir aufbauen.

Was kann das IKW beitragen, um die Bedeutung der Kommunen für das Staatsgefüge sicht- und wahrnehmbarer zu machen?

Dazu trägt schon die aktuelle geo- und wirtschaftspolitische Entwicklung bei – wie die Unterbrechung als sicher geglaubter Lieferketten oder die in Teilbereichen fehlgeschlagene Globalisierung. Unsere Aufgabe als IKW sehe ich weniger darin, Kommunen quasi zu

© Bigstock

„bewerben" – das tun sie selbst oder auch Städte- und Gemeindebund. Zudem dürfte es immer leichter werden, ihre Bedeutung heutzutage zu erkennen. Unser Institut kann aber dazu beitragen, Ergebnisse und Erfahrungen weiterzugeben – gerade dann, wenn Kommunen mit einer Vielfalt eigener Herausforderungen beschäftigt sind, bleibt oft wenig Zeit, über den Tellerrand (die Gemeindegrenze) zu blicken. Somit wird der (hoffentlich positive) Einfluss des IKW auf den öffentlichen Sektor eher indirekt sein, indem er durch Publikationen, Ausbildung und Forschungsarbeit das Potenzial der Kommunen weiter stärkt und als verlässlicher Partner zur Verfügung steht. Dabei wollen wir nicht nur aus einem vermeintlichen Elfenbeinturm eigene Thesen verbreiten und selbst Themen setzen, sondern auch bedarfsgerecht auf relevante Anfragen und Problemstellungen eingehen. Zusammengefasst dürfte trotz aller Widrigkeiten ein guter Zeitpunkt gekommen sein, die kommunale Ebene stärker zu beachten.

Sie selbst haben postgradual Public Management studiert. Die Kommunalwissenschaften führen zweifellos nicht mehr dieses Schattendasein wie noch vor Jahrzehnten. Dennoch wird die Öffentliche Verwaltungslehre immer noch zu wenig beachtet, teilweise sogar belächelt – warum?

So wie man manchmal den „Wald vor lauter Bäumen" nicht sieht, fallen auch Kommunen in der Fülle ihrer Aufgaben „vor lauter Infrastruktur" nicht auf? So wie diese Frage aus meiner Sicht die logische Fortsetzung der bisherigen Fragen ist, kann auch ich auf die Antworten aufbauen. Vielleicht ist wie gesagt manchmal der Eindruck entstanden, der öffentliche Sektor wäre – vielleicht abseits der Digitalisierung – zu Ende entwickelt und reformiert, quasi am Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Weniger positiv denkende Menschen würden vielleicht sogar unterstellen, es wäre „egal" gewesen, ob eine Weiterentwicklung möglich ist. Schließlich könne man die öffentliche Hand als „geschützte Werkstatt" in ihren Monopolbereichen ohnehin nicht „abschaffen"? Bekanntlich bedeuten die neuen Herausforderungen aber auch weitere Chancen. Wenn der Spardruck steigt, schafft das auch Platz für Innovationen und Wertschätzung. So manche Reform, insbesondere im traditionell eher beständigen Bereich der Verwaltung, braucht zunächst einen Anstoß und Überzeugungsarbeit. Erst später zeigt sich manchmal, dass man „eh immer schon gewusst" hat, wie wichtig die Schritte waren. Auf jeden Fall ist aber klar, dass in naher Zukunft nicht so viel zum Lächeln geben wird. Wo die Verhältnisse noch nicht so gut passen, werden alle gemeinsam anpacken müssen. Kommunen und Kommunalwissenschaften betreffen uns alle unmittelbar.

Glauben Sie, hat die COVID-19-Pandemie die Rolle der Kommunen nachhaltig verändert? Und wenn ja, wie?

Manchmal braucht es ein wenig Zeit, bis Entwicklungen und Leistungen auch erkannt werden. Objektiv haben die Kommunen ohne deutliche Stärkung ihrer Strukturen Aufgaben wahrgenommen, die merklich vielschichtiger, erheblich öffentlichkeitswirksamer und potenziell auch gefährlicher waren als bisher. Natürlich war der stärkere Zusammenhalt im Personal und teilweise auch in der Bevölkerung ein wichtiger Faktor dafür. Dennoch war und ist es keine Selbstverständlichkeit, derartiges überhaupt leisten zu können. So dürfte die Situation auch zur Flexibilität, zum besseren Ruf und zur Resilienz vieler Kommunen beigetragen haben. Die grundlegende Rolle der Kommunen als umfassende Leistungserbringer vor Ort – am nächsten bei der Bevölkerung – bestand schon zuvor. Wahrscheinlich ist sie nun aber klarer erkennbar.

© zVg

MMag. Detlef Wimmer, MPA, MSc
Leiter Institut für Kommunalwissenschaften (IKW)

PUBLIKATIONEN

BUCHANKÜNDIGUNG Weckruf Corona

Gesellschaftliche Diagnosen für unser Leben nach der Pandemie

Herausgegeben von: Günther Sidl
Erscheint im November 2022

Kostenlos (nur Versandkosten) **vorbestellbar** unter **office@urbanforum.at**

BUCHTIPP Zukunft urbane Mobilität

Eine ganzheitliche Betrachtung

In einer ganzheitlichen Betrachtung, die sich diese Publikation zum Ziel gesetzt hat, werden die Zukunftsperspektiven jener Instrumente untersucht, die die Menschen „für die konkrete Umsetzung der Mobilität" in den urbanen Räumen (Städten und Stadtregionen) benötigen. Die Palette erstreckt sich dabei vom Fußverkehr über Zweiräder jeder Art, den motorisierten Individualverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel hin zu modernen, digitalen Hilfsmitteln. Aber auch Logistik und Luft- sowie Schifffahrt wurden untersucht, weil thematisch unverzichtbar. Ausgehend von einer geschichtlichen Retrospektive und einer Feststellung des Status quo, haben alle Autorinnen und Autoren den Blick (aus unterschiedlichen –winkeln) in die Zukunft gerichtet und versucht, Prognosen abzugeben. Abgerundet und aufgewertet werden die Beiträge durch internationale Beispiele und Interviews mit Fachleuten.

Herausgegeben von: Bernhard Müller
ISBN: 978-3-200-06846-9
EUR 25,– (zzgl. Versandkosten)
Erschienen 2020, 292 Seiten

Ist Ihre Strategie Fridays for Future oder Thank God it's Friday?

Erfahren Sie mehr über das nächste Level des strategischen Managements im EY Point of View von Prof. Dr. Christoph Badelt und Prof. Dr. Werner Hoffmann. Jetzt kostenlos downloaden.